

Die Ameise.



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 295 a. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Insertat ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelufer 15 II.

Nr. 36.

Berlin, den 7. September 1900.

27. Jahrg.

Die Gewerkschafts-Organisationen Deutschlands im Jahre 1899.

II.

Die 55 Gewerkschaften hatten im Jahre 1899 insgesamt eine Einnahme von Mark 7 687 154 und eine Ausgabe von Mark 6 450 876. An Rassenbestand verblieben ihnen Mark 5 577 546, wovon allerdings auf den Verband der Buchdrucker Mk. 2 724 101 oder pro Kopf der Mitglieder des Verbandes Mark 103,40 entfallen. Aber auch andere Organisationen weisen einen beträchtlichen Rassenbestand auf. So die Maurer Mk. 453 563, die Metallarbeiter Mk. 385 148, die Holzarbeiter Mk. 252 310, Zimmerer Mk. 194 630, Porzellanarbeiter Mk. 168 058, Buchbinder Mk. 146 293, Futtmacher Mk. 114 736. In den übrigen Organisationen betrug der Rassenbestand weniger als Mk. 100 000.

Im Jahre 1891 betrug die Gesamteinnahme der Gewerkschaften (49 Organisationen) Mk. 1 116 588. Sie ist von Jahr zu Jahr gewachsen, besonders aber in den letzten Jahren rapid in die Höhe gegangen. Wenn man jedoch die auf den Kopf der Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften entfallende Summe betrachtet, so zeigt sich unter diesen Beträgen nicht nur eine kolossale Differenz, sondern es ergibt sich auch, daß in einzelnen Gewerkschaften eine Erhöhung der Beitragsleistung am Plage wäre. Es vereinnahmten pro Kopf der Mitglieder und Jahr:

Buchdrucker Mk. 59,98; Futtmacher 32,74; Bildhauer 26,17; Zigarrensortierer 22,74; Gastwirthsgehilfen 19,03; Handschuhmacher 18,99; Steinarbeiter 18,69; Kupferschmiede 17,97; Former 17,77; Porzellanarbeiter 17,77; Lithographen und Steinbruder 17,45; Glaser 17,39; Handlungsgehilfen 16,39; Brauer 15,97; Zimmerer 15,75; Graveure 15,20; Buchbinder 15,30; Maurer 14,24; Maler 13,41; Töpfer 13,14; Lederarbeiter 12,90; Bäcker 12,64; Seelente 12,01; Steinseher 11,21; Tabakarbeiter 10,94; Glasarbeiter 10,57; Metallarbeiter 10,55; Vergulter 10,39; Holzarbeiter 10,28; Schmiede 10,26; Formner 10,25; Müller 10; Lagerhalter 9,92; Konditoren 9,22; Wäcker 8,89; Handelsgehilfen 8,89; Sattler 8,36; Schneider 8,31; Schiffszimmerer 7,95; Verflarbeiter

7,86; Fabrikarbeiter 7,55; Schuhmacher 7,43; Gemeindebediensteter 7,38; Gasenarbeiter 7,28; Werftarbeiter 7,20; Bureauangestellte 6,36; Stukkateure 6,18; Buchdrucker-Hülfsarbeiter 5,56; Tapezierer 5,28; Barbieri 2,17.

Die Beitragshöhe und dementsprechend auch die pro Kopf entfallende Jahreseinnahme wird in den Gewerkschaften, je nachdem Unterstufungen gezahlt werden, verschieden sein. Es zeigt sich jedoch auch bei den Organisationen, welche die gleichen Einrichtungen haben, eine erhebliche Differenz in der Einnahme, so daß, sofern es nicht in dem größeren Zuwachs an Mitgliedern in der letzten Hälfte des Jahres liegt, hier nicht regelmäßige Beitragszahlung der Mitglieder oder ungenügende Beitragshöhe vorhanden sein muß. Als Minimalbeitrag einer Gewerkschaft muß ein solcher von 15 Pfg. gelten. Damit muß sich aber eine Jahreseinnahme von Mk. 7,80 pro Kopf der Mitglieder ergeben.

Die fortgesetzte Agitation für höhere Gewerkschaftsbeiträge hat erfreulicherweise dazu geführt, daß die Gegner hoher Beiträge fast völlig ausgestorben sind und in den letzten Jahren in fast allen Gewerkschaften die Beiträge erhöht sind. Im Jahre 1891 hatten 80 pCt aller Gewerkschaften einen Beitrag von 20 pro Woche, während im Jahre 1899 nur noch 27 pCt. mit diesem Beitragsfuß vorhanden waren. Interessant ist, in der nachfolgenden Aufstellung diese Steigerung der Beiträge in der Zeit von 1891 bis 1899 zu verfolgen.

Jahr	Die Beitragshöhe ist angeheben für Organisationen	Davon hatten einen Beitrag von			
		unter 15 Pfg.		unter 20 Pfg.	
		Zahl	in Prozenten	Zahl	in Prozenten

1891	36	14	39	29	80
1892	37	11	28	29	74
1893	43	12	28	30	70
1894	44	18	30	28	60
1895	48	9	21	24	50
1896	41	10	23	23	57
1897	52	9	17	22	43
1898	55	8	15	17	31
1899	55	6	11	15	27

Jedenfalls siehe heute nach den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik fest, daß eine Beitragserhöhung keinen oder nur einen vorübergehenden Verlust an Mitgliedern bringt. Es seien zum Beweise nur einige der Organisationen, welche in den letzten Jahren ihre Beiträge erhöhten, in ihrer Entwicklung dargestellt.

Name der Organisation	1895		1899		Zuwachs an Mitgliedern	in Prozent
	Zahl	in Pfg.	Zahl	in Pfg.		

Bauarbeiter	10	1750	15	11149	93,99	537,08
Brauer	18	6,18	25	8681	2863	44,25
Buchbinder	25	3871	35	7631	3760	97,13
Fabrikarbeiter	10	6737	15	22592	15855	233,33
Glaser	15	1250	20	2306	1056	84,00
Holzarbeiter	15	29092	20	62570	32578	109,62
Konditoren	15	350	30	661	311	100,20
Lederarbeiter	20	3134	25	5369	2225	70,77
Lithographen u. Steinbruder	20	4024	40	4621	597	14,83
Metallarbeiter	20	33297	30	85018	51719	155,31
Schmiede	15	1350	20	3350	2000	148,15
Schneider	15	8000	20	12173	4173	52,16
Schuhmacher	15	9056	20	16922	7866	86,86

Nach dieser Wirkung der Beitragserhöhung dürfte wohl auch in den Organisationen mit ungenügenden Beiträgen Neigung zu deren Erhöhung sich einstellen. Die Aufgaben, welche die Gewerkschaften auf den verschiedensten Gebieten zu erfüllen haben, erfordern es, daß sich die Arbeiterschaft die Verpflichtung auferlegt, im allgemeinen Interesse größere Opfer an Beitragsleistung auf sich zu nehmen. An den Ausgaben, welche die Gewerkschaften im Einzelnen machen, zeigt sich ihr legendreiches Wirken. Im Jahre 1899 veranschlagten für:

Verbandsorgan	55 Organ.	Mk.	608 559
Agitation	55	"	201 020
Streik in Beruf	41	"	1 983 140
Streik in anderen Berufen	51	"	138 778
Rechtschutz	44	"	54 752
Gewohnheitsunterstützung	39	"	55 485
Reisenunterstützung	25	"	304 891
Arbeitslosenunterstützung	20	"	304 677
Krankheitsunterstützung	15	"	685 685
Jubiläumunterstützung	4	"	91 524
Sonstige Unterstützungen	59	"	181 484
Spendenmittelung	9	"	2 958
Büchereien	10	"	4 390
Sonstige Zwecke	45	"	147 488

Konferenzen und Generalversammlungen . . .	46	Organis. Mf.	102 187
Beitrag an die General-Kommission . . .	51	" "	56 029
Prozesskosten . . .	13	" "	3 245
Gehälter . . .	51	" "	152 419
Bewaltungsmaterial . . .	52	" "	182 559

Den Zweigvereinen verblieben in 45 Organisationen Mf. 1 307 698.

In den Jahren 1891 bis 1899 wurden von den Gewerkschaften insgesamt folgende Ausgaben gemacht: Rechtsschutz Mf. 208 489, Gemahregelten-Unterstützung Mark 498 691, Reise-Unterstützung Mf. 2 695 445, Arbeitslosen-Unterstützung Mf. 2 162 563, Kranken-Unterstützung Mark 3 213 242, Invaliden-Unterstützung Mf. 319 118, sonstige Unterstützungen Mf. 479 516, zusammen für Unterstützung Mf. 9 578 064. Für das Verbandsorgan wurden Mf. 3 196 477 verausgabt, insgesamt also für Unterstützungs- und Bildungszwecke Mf. 12 773 541. Dem gegenüber steht eine aus den Verbandskassen für Streiks gemachte Ausgabe von Mf. 6 611 995. Die tatsächliche Ausgabe für Streiks stellte sich in diesem Zeitraum bedeutend höher, nämlich auf Mf. 11 000 000, jedoch kam aus den Verbandskassen nur die genannte Summe von 3 1/2 Millionen Mark.

Es soll mit dieser Gegenüberstellung nicht etwa versucht werden, zu beweisen, daß die Gewerkschaften nur Unterstützungsvereine seien und nicht zum wirksamsten Mittel im Gewerkschaftskampfe, zum Streik greifen. Im Gegenteil. Der Streik ist zwar nicht ein absolut notwendiges Mittel, das angewandt werden muß, um den Zweck, welchen die Gewerkschaft verfolgt, zu erreichen, denn dieser Zweck kann bei starken Gewerkschaften auch durch Verhandlung erreicht werden, aber die hohen Ausgaben, welche einzelne Gewerkschaften für die Streiks gemacht haben, beweisen, daß in diesen Organisationen der von den Gewerkschaften verfolgte Zweck unter allen Umständen und wenn die anderen Mittel versagen, durch die Arbeitseinstellung erreicht werden soll. Es liegt uns nichts ferner, als diesen Zustand nicht als richtig anzuerkennen. Was wir beabsichtigen, ist, den Nachweis zu führen, daß den Gewerkschaften neben der Führung des Lohnkampfes noch die Erfüllung von Aufgaben zufällt, wie sie keine andere Institution, welchen Namen sie auch tragen mag, erfüllt und erfüllen kann.

Um so verwerflicher ist die Hege, welche fortgesetzt von dem reaktionären Unternehmertum und der in seinem Dienste stehenden Presse betrieben wird. Besonders wird da alljährlich der Versuch gemacht, aus den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik nachzuweisen, daß ein großer Theil der Einnahmen von den „Agitatoren verschluckt“ würde. Es ist nun in der diesjährigen Statistik auch eine Zusammenstellung über die Zahl der in den Gewerkschaftsvorständen angestellten Beamten gemacht worden. Aus derselben ergibt sich, daß die Zahl der Beamten im Verhältnis zu der zu bewältigenden Arbeit sehr gering und die Besoldung nichts weniger als glänzend ist.

In 8 Organisationen erhalten die Beamten überhaupt keine fest bestimmte Entschädigung, in 9 Organisationen eine solche, die sie zwingt, die Organisationsarbeiten in den Feierstunden oder Nachts zu machen. In 5 weiteren Organisationen sind Beamten, welche wichtige Funktionen zu erfüllen haben, nur minimale Entschädigungen zugestanden, wenn neben ihnen ein vollbesoldeter Beamter vorhanden ist. Alle diese Beamten opfern im Dienste und zur Wohlfahrt ihrer Kollegen und Kolleginnen die wenigen Feierstunden, die ihnen zur Erholung dienen sollten, oder rauben sich während der Nachstunden den Schlaf, sich so im Dienste

der Organisation aufreibend und frühzeitig die die körperliche Widerstandskraft einbüßend.

Von den voll besoldeten Beamten erhalten nur 14 ein Jahresgehalt von Mf. 2000 oder mehr. Viele müssen sich mit einem solchen von Mf. 1200—1500 begnügen. Den staatlichen und kommunalen Beamten, welche ähnliche Verwaltungsarbeiten wie die Beamten der Gewerkschaften zu machen haben, werden ganz andere Gehälter geboten. Zweifellos aber ist, daß die Letzteren durch ihre Thätigkeit für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse viel mehr für den Fortschritt der Kultur leisten, als alle Diejenigen, die sich als Träger der Kultur bezeichnen und, ausgerüstet mit Orden und Ehrenzeichen, bei Fest- und Gelegenheitsessen nicht genug ihre und ihrer Klassengenossen Leistungen für die Uebertragung deutscher Kultur — in's Ausland zu loben wissen.

Die Gewerkschaften selbst erweisen sich als im Dienste der Kultur wirkende Institutionen und müssen alle, welche den Fortschritt wünschen, über die günstige Entwicklung, welche die Organisationen aufweisen, erfreut sein. An der Arbeiterklasse wird es liegen, ihre selbstgeschaffenen Institutionen für weitere Kämpfe zu stärken und zu rüsten. Es muß Alles daran gesetzt werden, die noch fernstehenden Arbeitermassen zu den Gewerkschaften heranzuziehen, um dem vaterlandslosen Proletariat eine achtunggebietende Macht entgegenzustellen und dem Schindluderpielen mit der Arbeiterklasse ein Ende zu bereiten.

C. Legien.

Zur Bewegung unter den Porzellanarbeitern.

Herr Wilhelm Schulze in Neuhaldensleben (Mitglied der dortigen Zahlstelle) hat sich bewogen gefunden, folgende Postkarte an den Redakteur dieses Blattes zu richten:

Neuhaldensleben, 26. 8. 00.

Da ich bis dato nicht ermitteln konnte, wer der Antragsteller der betreffenden 10 Mf. Wäschegelder ist, so erlaube ich Sie mir den Betreffenden im Briefkasten bekannt zu geben. Haben Sie vielleicht auch vergessen, den Antragsteller im Protokoll zu veröffentlichen? oder war es eine abgekartete Komödie, daß der Betreffende nicht bekannt werden sollte? Es ist eine Gemeinheit, den Mitgliedern gegenüber, erstens, daß man mit den sauer verdienten Arbeitergroßen sich schöne Tage macht und zweitens, daß es dann die Mitglieder nicht wissen sollen, wer solche Kniffe erfindet. Es wird Zeit, daß die Mitglieder mit solchen Ausbeutern mal reinen Tisch machen.

Wilhelm Schulze.

Derselbe Herr hat auch während der Generalversammlung den „Vorwärts“ jedenfalls mit ähnlichem Geistesprodukt behelligt, denn im Briefkasten desselben (Nr. 154) lasen wir: „W. Schulze, Porzellanarbeiter, Neuhaldensleben. Ihre Zuschrift ist wohl an die falsche Adresse gerathen, sollte wohl an „Die Ameise“ gerichtet sein; für Vereinsgenäht ist bei uns kein Raum.“

Obgleich die Veröffentlichung des Wortlauts obiger Karte, unserem Organ keineswegs zur Ehre gereicht, so sind wir doch der Ansicht, daß es nun auf ein Mehr oder Weniger auch nicht ankommt. Ganz abgesehen von dem (allerdings „vertraulich“ versandten) Flugblatt, in welchem schon allein ein voll gehäutertes Maß voll Schmutz enthalten war, abgesehen auch von den „Beweisführungen“ und den Urtheilen über Rechte, Fähigkeiten und persönliche Eigenschaften, die von einer Person in der gehässigsten Weise abgegeben und im

im Generalversammlungs-Protokoll enthalten sind, haben die diversen Zahlstellenversammlungsberichte der letzten Zeit ergeben, daß die Porzellanarbeiter am liebsten sich darin gefallen, ihre erwählten Delegirten sowohl, als auch ihre „besoldeten Beamten“ auf alle nur mögliche Art zu diskreditiren. Allerdings dabei sich selbst mit.

Der Redakteur glaubte bisher, alle Einsendungen ohne jedweden Kommentar veröffentlicht zu sollen, auch glaubte er seinerseits in keiner Weise Stellung gegen die oftmals geradezu herausfordernden „Kritiken“, die mitunter in grobe Verdächtigungen ausarteten, nehmen zu sollen, in der Hoffnung, daß schließlich den Mitgliedern von selbst der Stiel vor einer solchen „Bewegung unter den Porzellanarbeitern“ antommen würde.

Aber trotz der wenigsten, aber desto aufrichtiger und nur für das allgemeine Interesse der Organisation eintretenden Rundgebungen einiger Zahlstellen und Mitglieder geht das Gezeier über die Ungehuerlichkeit, daß den Delegirten ein Diätenzuschuß, daß den besoldeten Beamten, „die die Generalversammlung heraufbeschworen haben“, ebenfalls noch Diäten gezahlt wurden, weiter. Wir befürchten, daß alle jene Zahlstellen, die sich sonst um die Aufgaben der Organisation garnicht kümmern, es sich jetzt aber um Gotteswillen nicht nehmen lassen, auch ihre Stimme bei dieser so überaus „wichtigen“ Angelegenheit zu erheben, und die Resolution einer der voranschreitenden Zahlstellen abschreiben, derselben „einstimmig“ (mögen von der Zahlstelle auch nur ein Zehntel anwesend sein) zustimmen und mit der strengsten Weisung, gar nichts an dem Wortlaut des Berichtes zu ändern, widrigenfalls das Schiedsgericht zur Hilfe gerufen würde, an die Redaktion der „Ameise“ einsenden.

Würde uns nur daran liegen, als „besoldete Beamte“ soviel herauszuschlagen, daß wir einen „Topp Bier“ genießen und mit den Billardstücken hantiren könnten, so könnte es uns ganz egal sein, mit was die Spalten unseres Organs gefüllt würden; wenn es den Mitgliedern so paßt, warum nicht auch dem Redakteur, der in vielen Fällen ja doch nur das Karnikel für Andere und Anderes abgeben muß.

Jedoch ist der wohlbestallte und bezahlte Redakteur gleichzeitig auch zahlendes Mitglied der Organisation und sowohl als solches, wie als „Beamter“ möchte er nun doch einmal kurz Stellung zur Sache nehmen. Die oben abgedruckte Karte (man bedenke, eine offene Postkarte) eines „Zielbewußten“, deren Inhalt ein solch gemein beleidigender ist, um so mehr, als der Redakteur gar nichts mit dem Protokoll zu thun hat, weiter u. A. der Bericht der Zahlstelle Pforzheim (siehe diese Nummer), worin offen zum Ausdruck kommt, daß man die bisherigen Funktionäre, einschließlich natürlich des Redakteurs, nicht mehr wollte und seiner Zustimmung Ausdruck giebt, daß die Gesellschaft wiedergewählt wurde, ebenso der Bericht von Sorgau in dieser Nummer hat dem Faß den Boden ausgeschlagen und wir, d. h. die Redaktion, (die übrigen „Besoldeten“ resp. der Vorstand haben keinen Antheil an diesem Schriftsatz), sind nicht gewillt, auch fernerhin das Organ zu einer Abladehalle von „Kritiken“, wie sie beliebt wurden, zu machen. Wohl mag die Zeichnung als „Verantwortlicher“ bei solchem Inhalt, dem Staatsanwalt gegenüber ungefährlich sein, aber gegenüber den Kollegen, der übrigen Gewerkschaftspressen, ebenso denjenigen, die in öffentlichen Verhältnissen, z. B. unter Organen lesen, insbesondere unseren Organen gegenüber, zu denen wir in erster Linie die Herren Fabrikanten unserer Branche rechnen müssen, und die, wenn sie noch die Porzellaner als ein „eigenes Völkchen“

konnten, jetzt aber sicher als solches erkennen und sie danach einschätzen und behandeln werden, erscheint uns die Verantwortung noch schwerer als jene, gegenüber dem Staatsanwalt.

Es muß also anders, der Ton muß mindestens ein anderer werden und es kann dies den Mitgliedern nicht schwer fallen, wenn sie ernstlich nachdenken und es mit dem, was bereits als solches zu Tage gefördert wurde, genug sein lassen.

Zunächst wollen wir die drei Punkte, welche den Anlaß zu dem Töhmabohu geben, kurz streifen. Dem Bureaubeamten bezw. dem Vorstand wird die Verantwortung für die durch die außergewöhnliche Generalversammlung verursachten Kosten zugeschoben, man hat sich ja gar so weit verstiegen, diese müßten eigentlich dafür aufkommen. Die Generalversammlung war, nachdem das „Flugblatt“ in die Zahlstellen geschleudert, eine absolute Nothwendigkeit. Aber auch, wenn diese Abnormität nicht vorgenommen worden wäre, so hatte doch der eine, in einer Person bestehende Theil des Vorstandes seine Stellung in einer Weise markirt, daß von einer anderweitigen „friedlichen“ Erledigung der strittigen Sache nicht mehr die Rede sein konnte. „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“, und wenn während der Generalversammlung so viel geredet worden ist vom „Hinausdrängen“, nun, wer die langen Ergüsse im Protokoll gelesen hat, wird sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß gerade auf der anderen Seite diese Absicht des Hinausdrängens bestanden hat.

Außergewöhnliche Dinge erfordern außergewöhnliche Maßnahmen und wenn im Jahre 1892 trotz des geringen Standes der Kasse eine außergewöhnliche Generalversammlung wegen Aufhebens der Feierunterstützung gemacht wurde, warum sollte das gar so ungeheuerlich sein, wenn in der Verbandsleitung Differenzen bestehen und zur Austragung derselben deswegen eine Generalversammlung arrangirt wird. Die Differenz ist erledigt worden, den Erfolg hatte die Generalversammlung und eine Kritik an den Kosten derselben erlegt letztere nicht.

Das „Wäschegeld“, die leidigen 10 Mark Extradiäten, was verursacht das eine „Bewegung“, als wenn es gälte, die Porzellanarbeiter müßten sammt und sonders endlich einmal alle jene Miß- und Uebelstände, unter denen sie zu leiden haben, mit einem Schlage aus der Welt schaffen. Damit könnte man freilich einverstanden sein und die „Bewegung“, die Aufregung, ja die „Empörung“, die bei so etwas zum Ausdruck käme, wäre zu verstehen. Eine „Ausbeutung“ von sauer verdienten Arbeitergraschen soll der Bezug dieser 10 Mark sein und dabei läßt man sich aber tagtäglich von dem Kapital ausbeuten, man rührt sich nicht auch unter den ungünstigsten Umständen, um seine erbärmlichen Verhältnisse zu heben. Dabei haben die Zahlstellen, deren Mitglieder mit wahren Hungerlöhnen vorlieb nehmen, die größte „Empörung“ gegen die Schandthat der Erhebung dieses Zuschusses gezeigt. Was müssen die Herren „Chefs“ an solchen Dingen, denen jetzt erst die „Ameise“ nach ihrem „Gusto“ ist und die sie wichtiger als je leben, für eine Freude über solche moderne, stolbewusste Arbeiterchaft haben, die, statt gegen den sie stets drückenden Stachel zu lüden, sich über „Ausbeuterei“ durch ihre Vertreter empören?

Wenn durch den Antragsteller ungeheurer Weise die Nothwendigkeit höherer Diäten mit der „wichtigen Wäsche“ etc. begründet wurde, so mag doch kurz auch unsererseits betont werden, daß die Bewilligung der

10 Mark nur berechtigt war und daß von einer Rückzahlung derselben gar keine Rede sein kann — ja so — es soll darüber ja eine Mitgliederabstimmung stattfinden! Warten wir also ab. Daß von den, mit dem Zuschuß, 12 Mk. betragenden Diäten, nach Abzug des ausfallenden Verdienstes, sowie Abrechnung der zu einer Reise notwendigen Bestreitung von Ausgaben, etwas „gespart“ worden ist, ohne etwa dabei an Café Bauer oder Café National zu denken, glauben wir nicht. Sollte es über der Fall sein, so mögen ruhig jene Delegirten, welche den Bezug dieser 10 Mark als „Ausbeutung“ betrachten, das Ersparte auf dem Altar der Allgemeinheit niederlegen, die 15 pCt.-Kasse der Zahlstelle wird die Einnahme gerne registriren, es kann auch in der „Ameise“ quittirt werden.

Nun gar erst die 6 Mark, die die „Besolbete“ bewilligt bekommen, als was für eine Ungeheuerlichkeit wird das erst hingestellt, besonders weil ja „die Beamten schuld an der Generalversammlung“, an deren Kosten sind.

Wir wollen das Thema über entsprechende Bezahlung der jetzt zu leistenden Arbeit nicht anschnitten, bemerken nur, daß Schraber dieses noch niemals im Arbeitsverhältnis mit „Hungerlöhnen“ sich abspelsen ließ, daß er stets höhere, wie jetzt als Verbandsbeamter erhaltende, Bezüge hatte und daß Niemand zu denken braucht, er erachte den Verband als eine Versorgungsanstalt. Einen besonderen „Befähigungsnachweis“ für die jetzt innehabenden Posten zu bringen, glauben wir nicht nöthig zu haben und eine Person kann auch keinen Anspruch auf solchen machen; das Interesse der Organisation war aber stets die Rücksicht auf unser Gelingen und wenn das bestritten wird, dann rasch hinweg mit dem Redakteur und einen anderen her, der es besser macht! Die 6 Mk. Diäten, die neben der Besoldung bewilligt wurden, die waren genau so berechtigt, wie jene von 10 Mark Extrazuschuß. Wer will verlangen, wenn man von Morgens bis Abends in Restaurationsräumen sich aufhalten und bei einer Entfernung der Wohnung von ca. 2 Stunden, dort nothwendiger Weise essen und trinken muß, daß dies von dem Gehalt bestritten werden soll? Bedingt der Umstand, daß sich einige erkrankte Genossen einreden und damit die Uebrigen leicht fortreißen, die Personen im Bureau sind die Urheber der Generalversammlung, sie müßten von „Rechtswegen“ für deren Kosten aufkommen und die 6 Mark haben sie zu Unrecht erhalten, ist schuld, daß überhaupt an diesen Diäten herumgemäkelt wird; früher haben die „Besolbete“ denselben Betrag wie die Delegirten bekommen und kein Dahn hat darnach gekräht, jetzt bedeuten die Diäten, von denen wir natürlich nichts gespart haben, eine Ungeheuerlichkeit. Sollte die Ungeheuerlichkeit einer Rückzahlung dieser 10 und 6 Mk. Diäten, Thatsache werden? Vorläufig wollen wir uns mit einem kurzen „Nein“ begnügen, wir können an so etwas noch nicht glauben.

Wie schon oben gesagt, es darf in der bisherigen Weise nicht weitergehen, das Organ soll nicht von dem Streit um nebensächliche Dinge den Schaden davon tragen und wir werden von nächster Nummer ab dasjenige, was entweder die Delegirten oder die Vorstandsmitglieder, oder die Redaktion in ungerichteter Weise angeht, streichen, mögen dann diejenigen, die sich dadurch beeinträchtigt fühlen, an zuständiger Stelle sich beschweren und dadurch eine eventuelle baldige Abänderung herbeiführen.

Wir haben in Nr. 28 an die Verbandsmitglieder appellirt, und das Vertrauen, welches

nöthig ist zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen, zu schenken; die Hoffnung, daß das Geschehen würde, scheint eine Woge zu sein; wenn man dreist annehmen wollte, daß die betreffenden Rundgebungen nur von Einzelnen ausgehen, die nun einmal ihre Force nach dieser Richtung hin zeigen wollen, weil dieselbe zu etwas Praktischerem nicht zulange, so bleibt doch aber immerhin das ruhige Zusehen der großen Masse zu solchem Tamtam unbegreiflich und — ohne um das Vertrauen etwa betteln zu wollen — wir möchten mit Vorstehendem einmal zur Einstellung einer „Bewegung“ animirt haben, die der Organisation unter allen Umständen zum Schaden gereichen muß.

Lichtgeld!

Das Wort an und für sich klingt schon eigenhümlich! Und doch besteht die Eigenhümlichkeit, daß Arbeiter, die ihre Arbeitskraft für ein Spottgeld an den „Arbeitgeber“ verkaufen, auf ihre Kosten für die bei der Arbeit benötigte Beleuchtung so gen müßen! „Ein unverfrorenes Anfinnen, was unter Strafe gestellt werden müßte“, nannte das Organ der Buchdrucker (S. 21) die Lichtgeld-„Einrichtung“ und wahrlich, es ist mehr wie unverfroren, die Arbeiter noch für die Beleuchtung, welche sie bei ihrer Arbeit für den Unternehmer brauchen, zahlen zu lassen. Die Porzellanarbeiter, die ihr Lichtgeld abladen müssen, wissen ja, wie die Sache gehandhabt wird, aber für diejenigen, die nicht die Ehre haben, Porzellanarbeiter zu sein, die noch nie „Lichtgeld“ bezahlt haben und sonach gar nicht wissen, was das eigentlich bedeutet, wollen wir einige aufklärende Worte folgen lassen.

Die Beleuchtungsfrage wird verchiedentlich bei den Porzellanern geregelt. In kleineren Geschäften herrscht die Beleuchtung des Arbeitsplatzes mit Petroleum vor; er muß, da der Arbeiter, sobald die Tage kürzer werden, mit Sorgfalt an die Instandsetzung seiner Petroleumlampe herangehen, dieselbe nebst der Delle nach dem Arbeitsplatz dirigiren, und zwar darf er, sobald der Herr Ober den Zeitpunkt des „Beleuchtens“ für gekommen erachtet, durchaus nicht säumen, mit der Lampe anzutreten, sonst kann er sich ganz bedeutende Unannehmlichkeiten zuziehen. Also die Lampe, oft geziert mit einem mehr wie antiken Schirm ist am Plage, es kann die Lichtarbeit losgehen, wenn das Del ausgebrannt, schüttet der Arbeiter eben aus der Kanne, die er sich auf seine Kosten beim „Petroleum-Lige“ füllen lassen muß, neues Del auf und wenn man an einer solchen Fabrik vorbei geht und sieht durch die Fenster die vielen Lichtchen, so sieht das ganz hübsch aus und man könnte meinen, es ist eine Illumination zur Ehre — nun sagen wir — der Arbeit im Gange.

„Lichtgeldabzüge“ kommen da wohl nicht vor, es braucht der Unternehmer also deswegen noch nicht mal einen Tropfen Thute zu verspritzen.

Etwas anderes ist es dort, wo die Beleuchtung eine elektrische ist, oder dieselbe mit Gas bewerkstelligt wird; da wird den Arbeitern einfach ein bestimmter Betrag allmähentlich abgezogen und wird dies unter „Lichtgeld“ rubricirt.

Man denke nun nicht, daß, wenn man nun schon einmal sich mit dem Gedanken befreundet, daß die Arbeiter für ihr Licht aufkommen haben, diese Lichtgeldabzüge nur während der Zeit, wo Licht gewonnen wird, vorgenommen werden, nein, das ganze Jahr geschieht das.

Für den Tag, dem 21. Juni, wo unsere liebe Sonne am höchsten steht, wird (man so

Das „Lichtgeld“ dem Arbeiter gefürzt, als wie für den 21. Dezember, wo die Sonne am tiefsten steht, und zwar sind es eine ganze Anzahl Fabriken, wo diese so überaus eigentümliche Einrichtung besteht. Vielleicht verzeihen uns die Porzellanarbeiter recht bald in die Lage, ein Verzeichnis aller jener noblen Fabriken in der „Ameise“ zu veröffentlichen, wo Sommer wie Winter „Lichtgeld“ in Abzug, und in welcher Höhe, gebracht wird.

Wenn aber auch nur im Winter für die Zeit des Lichtverbrauches Abzüge hierfür vorgenommen werden, so ist das eben auch ein Unrecht, gegen das sich die Porzellanarbeiter zu wehren hätten. Ja, wir gehen weiter und behaupten, daß die Unternehmer, welche Lichtgeldabzüge machen, gegen das Gesetz verstoßen und zwar ist es der § 120a der Gewerbeordnung, der hier in Frage kommt. Es heißt dort: „Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.“

Insbefondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle, Sorge zu tragen zc. zc.“

Für uns, die wir allerdings nur einen beschränkten Unterthanenverstand besitzen und bei Auslegung gesetzlicher Bestimmungen keine Hinterthürchen aufmachen, liegt es klar auf der Hand, daß unter dem „genügendes Licht“ nicht allein nur jenes verstanden wird, was etwa an einer Treppe angebracht ist, damit der Arbeiter im Dunkeln den Hals nicht bricht, sondern auch jenes, was eben zur Aufrechterhaltung des Betriebes, d. h. also, was der Dreher oder Maler zc. bei Herstellung seiner Artikel braucht. Vielleicht haben die Unternehmer (und ein Theil davon sorgt ja für das Licht, wie es sich gehört), welche in „Lichtgeld“ machen, auch das Bewußtsein, daß sie nicht recht mit den Lichtgeldabzügen thun, sie haben sich aber an die Nebeneinnahme gewöhnt und denken, so lange es sich die dummen Arbeiter gefallen lassen, warum soll man auf solche Einnahme verzichten? Und ist es etwa keine Einnahme, wenn beispielsweise Sommer wie Winter pro Woche 20 Pf. Lichtgeld abgezogen wird? Die 10 M. jährlich, die von Hunderten von Arbeitern, ob sie Licht brauchen oder nicht, erhoben werden, das macht einen Betrag aus, der, ohne große Nachrechnung, so ziemlich ganz als „Profit“ gebucht werden kann. Wohlverstanden, wenn man von der selbstverständlichen Verpflichtung des Unternehmers, für freies Licht zu sorgen, abstieht.

Erkennt man die Verpflichtung an, so sind eben Hunderte von Mark, die als Lichtgeld abgezogen werden, eine „Ausbeute“ so nebenher, die zu beseitigen, wahrlich einer Bewegung unter den Porzellanarbeitern werth wäre, die schon längst eine „Empörung“ unter ihnen hätte hervorrufen müssen.

Das ist eine Ausbeutung neben all den anderen, wogegen die organisierten Porzellanarbeiter vorgehen hätten, statt sich in Straßen über 10 und 6 M. Dänen zu ergeben, als deren Folge nur ein Schaden für die Organisation herauskommt.

„Eic Rhodus, hic salta“! (Hier ist Rhodus, hier springe, d. h. hier gilt's! laß sehen, was du kannst!)

Gerade jetzt, wo die trübe Zeit des Winterarbeitens wieder angeht, jetzt wäre es Zeit,

an die Unternehmer heranzutreten, sie auf die eigenthümliche und unter anderen Gewerken ganz unbekannt „Einrichtung“ aufmerksam zu machen und zu ersuchen — das Fördern ist den Porzellanarbeitern nicht recht geläufig dem Arbeitgeber gegenüber — endlich einmal die Rubrik „Lichtgeld“ zu streichen.

Wenn sich die Zahlstellen, die sich jetzt fast nur mit der „Ausbeutung“ durch die Delegirten und ganz besonders die „Herren Verbandsbeamten“ in ihren Versammlungen beschäftigen, sich des Themas „Lichtgeld“ bemächtigen (und wie viele andere gäbe es außerdem noch), so würden vielleicht die Berichte sehr bald eine andere Färbung bekommen und wir selbst würden dann die Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber nicht mehr, wie in letzter Zeit, als eine schier unerträgliche empfinden.

Beiträge zum Kapitel „Heimarbeit.“

Von Louise Diez, Hamburg.

Heimarbeit! Welch trauten Klang hat dies Wort für den Uneingeweihten, mit den sozialen und ökonomischen Verhältnissen der Heimarbeit nicht Vertrauten.

Seinem geistigen Auge zeigt sich das Bild einer im trauten Heim versammelten Familie, deren Glieder unter Lachen und Scherzen bei einem angenehmen Hand-in-Hand-Arbeiten den Tag verbringen, die von keinem Aufseher angefahren, von keiner Fabrikglode zur Arbeit gerufen, ihre eigenen Herren sind und sich ihr Thun einrichten nach Belieben.

Wie ganz anders die Wirklichkeit! Wieviel Elend, Noth, Hunger, Entbehrung, Krankheit, Erschöpfung, Muthlosigkeit, ja Verzweiflung ist für den Wissenden mit dem Worte Heimarbeit verknüpft.

Wie oft ist nicht ein elendes, niedriges, dumpfes, feuchtes Loch — nicht selten eine wahre Pesthöhle — das vielgepriesene „Heim“, das nicht nur als Wohn-, Schlaf-, Koch- und Waschräum benützt wird, sondern häufig auch noch als Werkstatt. Die „glückliche“ Familie besteht aus schlechtgekleideten, schlecht genährten, oft halbhungerten Menschen, die vom kindertesten Alters an bis zum hinfälligen Greis dem nimmerfatten Vampyr Kapital unausgesetzt frohnden müssen.

Zwar treibt sie nicht die Sklavenpeitsche des Aufsehers, nicht der Fabrikglode eherner Mund an die Arbeit, wohl aber ist in dem „Heim“ der Hunger Autokrat. Unerbittlich läßt er seine Geißel über niedersinken auf den Rücken von Jung und Alt, alle zu rastlosem Schaffen antreibend. Die kostbare Zeit, welche den Heimarbeitern und Arbeiterinnen mit dem Holen und Liefern der Waaren verloren geht, muß durch intensiveres und längeres Arbeiten in der Nacht wieder eingeholt werden. Die bedeutend niedrigere Entlohnung gegenüber den Fabrikarbeitern derselben Branche (die meistens auch kaum den Hunger abwehren können) wird zum weiteren Anreiz, Raubbau an der eigenen Kraft zu treiben. Die Ersparniß, die der reiche Fabrikant bei Beschäftigung von Heimarbeitern an Licht, Feuerung, Mithre, Beiträgen für die Krankenkassen, für Alters- und Invalidenversicherung macht, heißt er buchstäblich aus den Taschen der Ausgebeuteten. Bei solch entsetzlichen Drück, fortwährend bedroht von Noth, Hunger und den im Gefolge einherstehenden Krankheiten, wird die ganze Kraft, das ganze Denken dieser Armen, Abgezogen von dem Streben abwärts, um nichts zu schaffen, was das „aus“ allen diesen gemüthlichen Elend etwas abzumehren. Wie oft, wie oft, ist diesen armen Sklaven des Mammons die Hoffnung und damit auch die Kraft geschnitten, durch energischen Wider-

stand der entsetzlichen, schamlosen Ausbeutung, deren Opfer sie sind, ein Halt zu gebieten. Das Elend hat ihnen mit den Knochen auch das Hirn gemüthet und der Kraft des Willens beraubt.

Und der „christliche“ Arbeitgeber? Ei, der bietet seinen ganzen Einfluß auf, damit diese Armen in ihrem „Heim“ unbehelligt durch eine schützende Gesetzgebung bleiben. Das Haus ist „heilig“, da hat kein uniformirter Schutzengel, kein Gewerbeinspektor etwas zu schaffen, denn da herrscht nicht etwa der Hausherr oder die Hausfrau unumschränkt, wohl aber er, der Arbeitgeber. Der gesetzliche Schutz und die Aufsicht soll Halt machen vor dem „Heim“, aber beileibe nicht die Ausbeutung. Das wäre doch noch besser, wenn der Arbeitgeber, der in überfließender Nächstenliebe den Leuten Arbeit mit nach Hause gegeben, auch hier die so lästigen Beschränkungen der „Arbeiterschutzbestimmungen“ respektiren sollte. Fleiß ist doch die erste Tugend des Menschen, und wenn seine Heimarbeit diese in so hohem Maße besitzt, daß sie die Nächte nicht einmal von der Arbeit zu bringen sind, um so besser für sie. Den Kindern hat man, ergriffen von „Humanitätsduselei“, die Fabrikarbeit überhaupt verboten, und doch ist Kinderarbeit so profitreich. Welches Glück, daß die Heimarbeit die Beschäftigung von Kindern in größtem Umfange ermöglicht. Was kümmert den Kapitalisten, wenn den Kleinen die Jugend geraubt wird, die stillliche, sorglose Zeit des Frohsinns, des Spieles, wenn sie durch das frühzeitige Einspannen ins Joch Schaden leiden an Körper und Geist, es sind ja nicht seine Kinder.

Ein düsteres Bild entrollt sich unserem Auge überall, wo wir Heimarbeit antreffen. Die nachfolgenden Beispiele mögen das beweisen.

Heimarbeit in der Schieferindustrie.

In Neuk j. L. und einem Theile Oberfrankens findet man Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen in der Schieferindustrie beschäftigt, theils in der Fabrik, theils als Heimarbeiterinnen. Den Heimarbeitern fällt das Schaben und Einritzen der Tafeln zu. In Huckelörben, welche den Rücken schwer belasten, schleppen die Arbeiterinnen den zugeschnittenen Schiefer von der Fabrik nach Haus und, nachdem er bearbeitet worden, wieder zur Fabrik. 1 1/2—2 1/2 Schock Tafeln trägt so eine Frau nach den oft ziemlich hoch gelegenen Wohnungen, die ganze Gegend ist nämlich bergig. Für das Schaben und Abreiben von einem Schock Tafeln in der Größe der gewöhnlichen Schultafeln, giebt es 25 Pf. Bei diesem Lohne müssen sich die Arbeiterinnen nicht nur den Meißel selber kaufen, sondern auch selbst schärfen, und geschärft muß er oft werden, wenn die Arbeit flott von statten gehen soll. Die meisten Frauen haben drei bis vier Meißel, um nicht immerfort am Schleifstein stehen zu müssen. Aus der eigenen Tasche müssen sie auch den Sandstein zahlen, mit dem der Schiefer abgerieben und glatt gemacht wird, nachdem er geschabt worden ist. Ist das Schaben und Reiben besorgt, so müssen die Tafeln im warmen Wasser gewaschen und getrocknet werden. Fragt man eine Frau, wieviel sie die Woche bei ihrer Arbeit verdient, so erhält man zunächst ausweichende Antworten. Die Armen schämen sich zu sagen, welche Bettelpennige sie verdienen. Erst wenn man selbst Zahlen nennt, die ihnen sie erkennen, daß man eine Ahnung von der Misere ihres Verbleibens hat, können sie auf und sagen, daß 250 die 3 M. pro Woche gegen eine hohe Entlohnung ist. Wollen sie so viel verdienen, so dürfen sie sich nicht anschauen. Die Ausgaben für Sandstein, Meißel und Feuerung

sind bei dem angegebenen Sage nicht einmal in Rechnung gebracht. Bei der Bewertung des Hungerlohns ist außerdem zu beachten, daß die Arbeit eine außerordentlich gesundheits-schädliche ist. Nicht nur wegen der gebückten Haltung, in der gearbeitet werden muß, viel-mehr ganz besonders wegen des starken Staubes, der sich entwickelt und die Luft er-füllt, Menschen und Möbel in kurzer Zeit mit einer grauen Schicht überzieht und in großen Mengen in die Lunge bringt. Lungenkrank-heiten jeder Art sind daher bei den Arbeit-erinnen nichts Seltenes. Wenn auch nicht so ungesund wie das Schaben und Abreiben, so doch ebenso schlecht entlohnt ist das Einleiren. Für das Einleiren von einem Schock Tafeln der angegebenen Größe wird 30—40 Pf. gezahlt. Beim Einleiren müssen die Tafeln erst auf der einen Seite geleimt werden. Nachdem sie ge-trocknet sind, rigt die Arbeiterin mit einem Eisengriffel die Linien ein und trägt mit einem Schwamm die rote Farbe auf. Wenn die-selbe getrocknet ist, so wird der Leim mit warmem Wasser abgewaschen und die Tafel abermals getrocknet. Hierauf wird die zweite Seite in derselben Weise bearbeitet. Die Tafeln müssen vorher geleimt, oder wie die Arbeiterinnen der Gegend sagen, „geschwärzt“ werden, damit die rote Farbe nur in den ge-zogenen Linien haften bleibt. Die Arbeiterinnen müssen Leim, Farbe, Eisengriffel, Einleir- und Schwamm selbst halten. Es wurde mir ver-sichert, daß beim Einleiren von zehn Schock Tafeln die Arbeiterin 1 Mk. 40 Pfg. bis 1 Mk. 50 Pf. Auslagen habe, so daß sich ihr wirklicher Verdienst auf 2 Mk. 10 Pf. bis 2 Mk. 50 Pf. stellt. Eine schmachvolle Auswucherung der weiblichen Arbeitskraft.

Da keine Wasserleitung vorhanden ist, muß das für die Arbeit nötige Wasser, und es gehört sehr viel dazu, auf dem Rücken herbei-geschafft werden, was einen Zeitverlust und eine Erschwerung der Arbeitsmühen bedeutet. Viel Zeit geht ferner mit dem Golen und Ablösern des Schiefers verloren. Das Trocknen der Tafeln bereitet viel Unannehmlichkeiten, weil es der Familie an Platz fehlt. Gestelle werden voller Tafeln gesetzt, der Fußboden wird damit beiegt, die Fensterbänke werden damit bedeckt, kurzum die ganze Wohnung, die übrigens meistens nur aus einem, höchstens zwei Räumen besteht, wird als Trockenraum in Anspruch genommen.

Arbeitet der Mann in der Fabrik, so setzt er sich nach Feierabend daheim wieder an die Arbeit und schaut bis spät in die Nacht hinein. Und der Gesamtverdienst, den die Heimarbeiter der Familie bringt? Wenn fünf, sechs und noch mehr Kinder da sind, die schon mit Preisgabe der Nachtruhe mit frohnden Können, so beträgt er für die ganze Woche gewöhnlich nicht mehr als 6 bis 7 Mark. Ehranenden Auges versicherte mir eine Frau, „obgleich mein Mann und ich den Tag und bis spät in die Nacht hinein arbeiten, reicht's nicht weiter als bis zum trockenen Brot. Wenn wir uns Sonntags etwas Fleisch gönnen können, sind wir froh.“

Vorstehenden Abschnitt entnahmen wir der Frauenzeitung „Die Gleichheit“. Es folgen nachher „Heimarbeiter in der Schieferindustrie“ Abhandlungen über jene in der Dürenfabrikation, in der Bernsteindustrie, in der Lebensmittel-industrie, die wir vorläufig zurückstellen.
1. Habe, daß Frau Zug nicht auch Ge-legenheit hatte, die Heimarbeiter in der Por-zellan- und Steingutindustrie, auch da herrschen ähnliche Verhältnisse wie bei den Schieferindustri-ellen, zu untersuchen. Es war schon zu erwarten, wo man Frauen und Kinder mit dem Guck-fach, auf dem quer der amylöse, staubige, an-gesättigt mit den verschiedensten Mühsalstoffen zc.

thront, die bergigen Wege wandeln sieht. Zuhause muß Kind und Regel mit schaffen, um ein paar Groschen zu verdienen, das bischen armselige Leben durchzubringen.

Zum Schluß ihrer Schilderung schreibt Frau Zug:

„Aehnliche, entsetzliche Bilder entrollen sich überall unserem Auge, wenn wir die Heim-arbeit, einerlei in welcher Industrie, betrachten. Um so bedauerlicher ist es, daß bis dato die Gesetzgebung stets vor der Heimarbeiter halt gemacht hat. Gerade die Heimarbeiter und Arbeiterinnen bedürfen am allernothwendigsten eines wirksamen Arbeiterschutzes. So lange in dieser Domäne der schlimmster Ausbeutung nicht durch die Gesetzgebung Wandel geschafft wird, ist auch an eine wirksame Selbsthilfe der Ausgebeuteten durch die Macht der Organisation nicht zu denken. Das entsetzliche Elend hat ihre Widerstandskraft meist total gebrochen, ihre Isolirtheit verhindert das Sich-aussprechen, Berathen, Zusammenschließen. Und wenn sie doch einmal emporgerüttelt werden, erschrecken sie vor der großen Zahl ihrer Konkurrenten, die in dem Maße zu-nehmen, als dem Unternehmer die winzigen Arbeiterschutzbestimmungen für den Fabrik-betrieb unbrauchbar werden und er sich derselben durch Beschäftigung von Heimarbeitern entzieht. Deshalb her mit dem Arbeiterschutz für die Hausindustrie und Heimarbeiter.“

Amtlicher Theil. Bekanntmachung.

In **Selb**, Firma Rosenthal, haben die Isolatorendreher wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt und ist deshalb über die Plätze der Isolatorendreher die Sperre ver-hängt worden, welches die Mitglieder strengstens beachten wollen.

Der Vorstand.

Aufforderung.

Gemäß § 14 des Verbandsstatuts, werden folgende Zahlstellen zur Einsendung der Ab-schlüsse und Gelder pro II. Quartal 1900 aufgefördert:

- Berlin II, Barmen, Gräfenhain, Grob-brettenbach, Grünstadt, Hirschau, Hirsch-berg, Oberkötzig, Saargemünd, Sigenborn, Schwarzenbach, Staffel, Tettau, Unterweiß-bach, Waldfassen, Weiden.

W. Herben, Verbandskassirer.

Folgende Statutenänderungen wurden an der Generalversammlung des Verbandes in Juli 1900 beschlossen:

Zusatz zu § 6, Absatz 3: Neuausgelernte, welche 2 Jahr dem Verband angehören, können sich binnen 4 Wochen nach Beendigung ihrer Lehrzeit, nach ihrem in diesem Zeitraum (4 Wochen) erzielten Durchschnittsverdienst ent-sprechend versichern.

Zusatz zu § 6, Ziffer 3, Absatz 2: Den Mitgliedern des Verbandes ist, wenn sie ihre Mitgliedschaft unterbrechen oder einer anderen Organisation im Auslande angehören,

§ 22, Absatz 2 und 3 zu streichen:

1. Der Vorsitzende, dessen Stellvertreter, der Schriftführer, Kassirer und Revisor werden von der General-Versammlung vermittelst Sitzungszeitel im besonderen Wahlgang gewählt.

2. Die Beisitzer, sowie 6 Stellvertreter zum Vorstand werden gleichmäßig der General-Versammlung (spätestens 14 Tage) von den amtierenden Beisitzern im Urtheil von 2 Weibern gemischt gewählt und kommen der Stimmenzahl nach an die Reihe.

§ 21 des Statuts wird dahin abgeändert, daß es nach dem Satz: „Es giebt sich keine

Geschäftsführung selbst und wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und Schriftführer“, folgendermaßen lauten würde: „Das Schieds-gericht hat alle Beschwerden über die Beschlüsse des Vorstandes, unter Zugrundelegung der statutarischen Bestimmungen zu erlöbigen und entscheidet ebenfalls über Beschwerden einzelner Vorstandsmitglieder gegen die Beschlüsse des Vorstandes. Der Vorstand hat den Beschluß des Schiedsgerichts unweigerlich auszuführen, und ist das Schiedsgericht berechtigt, eine Mitgliederabstimmung zu bewirken.“

„Außerdem steht dem Vorstande das Recht zu, Berufung bei der ordentlichen General-Versammlung einzulegen.“

§ 34, Absatz 3. Die 15 pSt. sollen beibehalten werden, sollten aber Zahlstellen darunter sein, welche nicht wissen, was sie mit dem Gelde anfangen sollen, so mögen sie es dem Verbandskassirer einsenden.

Diese Änderungen werden jetzt in Druck gegeben und in nächster Zeit den Mitgliedern als Nachtrag zum Statut ausgehändigt.

Aus unserm Berufe.

— In **Rheinsberg (Mark)**, Firma **Schweig**, wird weiter gestrikt. Zu-zug ist streng fernzuhalten.

— Von **Flumenau** ging an den Vorstand die telegraphische Nachricht ein, daß die bei der Firma **Abicht u. Co.** beschäftigten or-ganisirten Arbeiter am Dienstag die Arbeit niedergelegt haben. Die Sperre ist bereits über diese Firma verhängt. Zugang ist streng fernzuhalten.

— In **Weißwasser (O.-L.)** scheint ein schneidiger Wind zu wehen. Die Maler wollten von der Firma **Schweig** einige Wünsche bezüglich Entlohnung zc. realisiert haben, brachten dieselben zu Papier und unterbreiteten sie der Firma. Unter denen, die sich unter-schrieben hatten, befand sich auch ein Kollege, der bereits 5 Jahre dort thätig, in jeder Hinsicht als ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter bezeichnet werden kann. Bei dem großen Wechsel der Arbeitskräfte in Weißwasser be-deuten 3 Jahre schon eine lange Zeit. Der Kollege ist Oesterreicher, und wegen „Aufreizung zum Streik“, wegen „Verbreitung aufreizender Schriften“ wurde er kurzerhand ausgewiesen. — Die sehr berechtigten Wünsche sind bis jetzt den Malern noch nicht erfüllt worden, vermuthet wird, daß trotzdem ent-sprechend der Zahl der beschäftigten Druckerinnen genügend Maler am Orte sind, solche noch unter Schiffe in der „Rustschau“ gesucht werden. Man wolle Obiges beachten.

— Von **Burgstädt** wird berichtet, daß die Situation dort eine unveränderte sei. Mehrere Arbeitswillige seien wieder entlassen worden; wahrscheinlich waren die nicht mit einer „Quartbomme“ und einem Topf Butter-milch zufrieden. Da in den nächsten Tagen der Verbandsvorsitzende gelegentlich einer Reise auch in Burgstädt sein wird und es vielleicht dabei zu einer Verhandlung kommt, so wollen wir alles andere, was sich auf Internas der Fabrik bezieht, nicht veröffentlichen.

— In **Salzau (Bongallaufabrik)**, ist die Differenz von der in Nr. 32 1. Bl. die Rede war, nunmehr erledigt. Von den ohne Kündigung Entlassenen wurde einer wieder eingestellt, zwei andere blieben „draußen“. Einige von den aufgestellten Forderungen wurden bewilligt, andere abgelehnt, was für welche bewilligt und welche abgelehnt, wird nicht mitgeteilt.

— Junge **Flotte Maler** sucht das **Smallwert Gellertswitz** i. D. r. -Schlesien. Dieselben brauchen nicht erst gelernt zu haben, heißt es in dem Gesuch. Das Ge-

schäft spekuliert anscheinend also auf solche Behrlinge, die vor Ablauf ihrer Lehrzeit das Metier hier bekommen haben und ausgerissen sind; eine treffende Illustration zu der Ausbildung junger Leute.

— Gebrüder Schmidt Steingutfabrik in **Carmin** sucht zur Abwechslung mal wieder Arbeiter in den keramischen Fachblättern.

Diese Firma ist gesperrt, da die Inhaber sich nicht herbeilassen wollten, deutlich zu erklären, ob sie Verbandsmitglieder auf den Index setzt oder nicht. Abgesehen aber auch hiervon, scheinen die dortigen Arbeitsverhältnisse nach einer Zuschrift eines Drehers, der dort studierte, mißliche zu sein, was daraus hervorgeht, daß man dem Dreher für einen Artikel schriftlich den Preis mittheilte, als er dann den Artikel fertiggestellt hatte, bekam er weniger dafür. Auch bezügl. der Einhaltung der Vorschriften der Gewerbeordnung (§ 120 z.) soll nach dieser Zuschrift manches im Argen liegen. Man wird also gut thun, die Sperre genau zu beachten.

— Die Fabrik von Koch u. Weithase in **Köppelsdorf** wurde uns bei einem Besuch im vorigen Jahre dortselbst, als eine derjenigen bezeichnet, wo der Arbeiter sich halbwegs wohl fühle. Desto mehr überraschen uns Mittheilungen von dort über Verhältnisse, die auch eine der letzten Zahlstellenversammlungen Stoff zur Diskussion gaben. — Als Uebelstand, oder doch als nicht die Interessen der Arbeiter fördernd, wird zunächst monirt, daß die Fabrik öfter Arbeitergesuche losläßt und wenn dann Arbeitskräfte anlangen, es gar nicht lange dauert, bis nichts mehr zu thun ist; abgesehen davon, daß diese Arbeiter dem Verband Unkosten verursachen, einmal durch Gewährung von Fahrkosten und bei event. Entlassung durch Untersützungserheben, werden die dort anässigen Arbeiter, die öfter „Sauregurkenzeit“ durchmachen müssen, durch solche Neueinstellung an einer regelmäßigen Beschäftigung, die angesichts des gewiß nicht hohen Verdienstes notwendig ist, geschädigt. Besonders bei den Malern wird die Handlungsweise des Obermalers S., desselben, der 1899 als Delegirter der Rudolstädter Generalversammlung bewohnte, kritisiert, der außer seiner Thätigkeit als Obermaler, noch freiwillige Ueberstunden, sehr früh Morgens und auch spät Abends mache und anscheinend besser bezahlte Artikelchen fertigt. Man nimmt an, daß dieser Beamte, der sich als Mitglied des Verbandes mit ca. 9 Mk. Neffen hat streichen lassen und dem Werkmeisterverbande beigetreten ist, es bei seinem Gehalte nicht nötig hätte, der Arbeit den Kollegen, die öfter nichts zu thun haben, auf diese Art Konkurrenz zu machen.

Auch bezügl. der Preisfestsetzungen der einzelnen Muster komme sehr viel auf diese Person an, indem einzelne Muster nachträglich reicher von ihm gestaltet würden und wenn die Sachen in Arbeit kämen, die Unmöglichkeit eines entsprechenden Verdienstes sich herausstelle, die Geschäftsleitung einfach sage, der Obermaler habe den Preis so angegeben. Ueber die Behandlung, besonders der jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen, nach diesen Herrn, wird lebhaft Klage geführt.

Es sind das Mißstände, die, sollte man meinen, durch ein etwages Zusammenhalten der Kollegen leicht abzustellen wären; es kommt uns aber so vor, als wenn es eben mit der Einigkeit nicht so bestellt ist, wie es im eigenen Interesse der Arbeiter liegt. Wäre die Einigkeit vorhanden und würden die berechtigten Wünsche der Arbeiter der Firma in anständige Weise vorgetragen, so glauben wir, daß ohne weitere Vorkommnisse die Firma

auch auf Abhilfe der Mißstände eingehen würde. Man versuche also zunächst in solidarischer Weise nach dieser Richtung hin zu operiren, dann wird diese unsere Notiz ihren Zweck nicht verfehlt haben.

— **Gotha.** Bezügl. der beiden letzten Versammlungsberichte **Fürstenauberg a. M.**, **Lange** wiesen und noch einigen anderen Versammlungsberichten fühle ich mich auch veranlaßt, eine Erklärung bezügl. der 10 Mk. Nachbewilligung abzugeben. Ich hätte den betreffenden Antrag ja nicht gestellt, denn ich weiß, wie ein großer Theil der Mitglieder gesonnen ist, und die Arbeiter oft die schlechtesten Arbeitgeber sind, aber doch habe ich diesem Antrage mit zugestimmt, indem die große Mehrheit dafür war und bin jetzt noch überzeugt, daß der Antrag und die Zustimmung nicht unberechtigt war.

Man erwähnt immer, mit 10 Mk. Diäten ist ganz gut auszukommen; überlegen denn die Genossen nicht, das davon auch der Lohnausfall abgerechnet werden muß? Haben die Delegirten die täglichen 10 Mk. wirklich so verprakt, wie man nach verschiedenen Versammlungsberichten annehmen könnte? — Die Ausgaben waren ganz natürlicher und nicht verschwenderischer Art, wer in Großstädten schon gelebt hat, kennt deren Verhältnisse (hauptsächlich Berlin) und wird zugeben müssen, daß mit 5 bis 6 Mk. als Fremder keine so große Sprünge zu machen sind; im Uebrigen verweise ich die Kollegen auf das Correspondenzblatt Nr. 28, wo die Berliner Plattenleger und Rastpapper einen Stundenlohn von 75 bis 85 Pf. errungen haben, dies beweist, daß derartige Löhne in den heutigen Verhältnissen notwendig sind; da werden aber nun wohl die Kollegen sagen: Was fangen denn die Leute mit dem Gelbe an; ja, in kleinen Städten und auf dem Lande lebt es sich einfach billiger und die Arbeiter sind auch meist viel zufriedener und anspruchsloser. Aber die Langwiesener machen sich nach ihrem letzten Versammlungsbericht, bezügl. der Arbeitergroßen (siehe „Dorfzeitung“, Nr. 30 der „Ameise“) in der modernen Arbeiterbewegung einen großen Namen.

Mögen es einige Delegirte verstanden haben, sich so einzurichten wie oft zu Hause, die bei einem ganz geringen Lohn auch noch ganz gut dabei auskommen. Man findet gerade bei den Porzellanern nicht allzugroßes Verlangen nach besseren Existenzbedingungen, leider! Es sind die 10 Mk. nachbewilligt worden, weil nur drei Tage vorgelesen waren und sich dadurch diverse Unkosten nötig machten u. A. auch für „Wäsche“; ein jeder hatte seinen besten Anzug an, derselbe war oft total verstaubt und ist auch mancher noch am vorletzten Abend in einen argen Regen gerathen; ich habe meinen Anzug im Gewerkschaftshaus in der Badeanstalt trocknen lassen. Aber am andern Tag war das feine Anzug mehr sondern eine Windel, sind darnach die 10 Mk. wirklich zu Unrecht bewilligt? Auch die Diäten der besoldeten Beamten waren nicht zu hoch, indem sich ihre Ausgaben behebend vermehrten, deshalb, gleiches Recht für Alle! Andere Gewerkschaften zahlen 12 bis 15 Mk. Diäten und deren Delegirte können dies mit ihrem Gewissen, mit dem Interesse für die Organisation sehr gut vereinbaren.

Solche Vorwürfe findet man nur bei den Porzellanern, in keiner anderen Gewerkschaft. Bezügl. Oh drust, welche Zahlstelle in Nr. 24 der „Ameise“ bemerkt, die meisten Zahlstellen hätten einen Willkür mit Wern Delegirten gethan, das bedauere wohl eines ausführlicheren Bemerkens, möchte aber sagen, daß sich die Oh drust er zunächst selbst abfinden und ich keine Veranlassung habe, mich

genaueren Bericht in einer Bezirksversammlung zu erstatten, denn derartige wirkt nicht zur Agitation. Alle Delegirten, welche schon auf Generalversammlungen waren und andere, welche das nächste Mal hinkommen, sie alle werden mit dem Pflichtgefühl hingehen, um etwas Gutes für die Allgemeinheit zu schaffen und muß nicht ein jeder dabei seine Existenz auf das Spiel setzen? Kommt es nicht gleich, so kommt es später; man schreckt nicht zurück, immer wieder in den vorderen Reihen der Kollegen zu kämpfen und sich zu opfern, aber die Anerkennung der Kollegen fehlt. Wenn die Nörgeleien noch lange so weiter gehen und wir uns nicht mit wichtigeren Fragen in den Zahlstellen beschäftigen wollen als gegenwärtig, dann werden wir bald dahin gelangen, wie es unsere Unternehmer wünschen. Grundsätzlich ist es gewiß nicht für unsere Organisation, dadurch liefern wir direkt unsern Feinden das Pulver. Das Herz blutet einem, wenn man jetzt in die „Ameise“ sieht, wie die eigenen Genossen ihre Delegirten und Verbandsleiter brandmarken; es wird einem schwer gemacht, für unsere Ideale zu kämpfen. Sollte es durch Mitgliederabstimmung zur Zurückzahlung kommen, dann siehe ich auf demselben Standpunkt wie Gen. Braun-Blankenhain in seinem Artikel erklärt, dann zahle auch ich meine ganzen Diäten innerhalb Jahresfrist in Raten zurück und sollte die Familie noch so schwer darunter leiden müssen. — Meine Ehre und meinen Charakter lasse ich mir durch solche unbegründeten Kritiken resp. Nörgeleien nicht antasten. **G. Dierich.**

— **Köflau.** Genosse Mehling weist in seiner Erklärung etwas entschieden zurück, was er doch selbst zugibt, denn er sagt selbst, daß er uns über die 10 Mk. Extravergütung an die Delegirten nicht berichtet hat. Wenn die Versammlung ihm gestattete, über Diäten und Kleinigkeiten hinwegzugehen, so war sicher die Extravergütung nicht damit eingebegriffen, denn daß dieses von vielen Mitgliedern nicht als Kleinigkeit aufgefaßt worden ist, beweisen die Versammlungsberichte. Daß dem Gen. Mehling eine sachliche Kritik — in unserem Bericht wird nur ein Bedauern ausgedrückt, nicht etwa eine absichtliche Verheimlichung oder sonst etwas ehrenrühriges, was geeignet wäre, entschieden zurück zu weisen — gleich so in Harnisch bringt, daß er diverse Kraftausdrücke gebraucht, so fragen wir uns, wo bleibt da die Einigkeit und wer liefert unseren Gegnern Stoff? Gerade weil Genosse Mehling Antragsteller gewesen ist, hätte er sollen über diesen Punkt berichten, ohne besonders dazu aufgefordert zu sein, denn es hätte nur Klarheit in diese Angelegenheit gebracht. Im Interesse, daß endlich Ruhe und Frieden wieder bei uns einzieht, betrachten wir diese Angelegenheit als erledigt.

— Auf dem „**Internationalen Arbeiter- und Sozialisten-Kongress**“ in **Paris** (Ende September) werden die organisierten Porzellanarbeiter Deutschlands diesmal nicht vertreten sein. Der Vorstand war in seiner Mehrheit der Ansicht, daß eine Delegation zu diesem internationalen Arbeiterparlament nur einen „bedauerlichen“ Zweck habe, bei der gegenwärtigen Stimmung in den Reihen der Kollegen, die sich über Diäten an die Delegirten zur Generalversammlung und an die Beamten, beim deren Rückzahlung in einer Weise herummittelten, daß für etwas Anderes gar keine Zeit mehr übrig bleibt, was es selbstverständlich, daß wir uns unsererseits alles unterlassen, um die Kollegen zu verhindern, in öffentlicher Versammlung etwas Stellung zu dieser allerdingens Sache zu nehmen. Dem Artikel der französischen Porzellan-

arbeiter, Gen. Ed. Reich in Limoges, welcher diesmal auf dem Kongress anwesend ist, und der laut Schreiben vom 29. 8. sich darauf freut, den Vertreter der deutschen Porzellaner begrüßen zu können, werden wir entsprechende ablehnende Antwort geben.

In **Verhaltenenleben** wurde kürzlich im „Fürst Bismarck“ vom gesamten Arbeiterpersonal der Hubbe'schen Steingutfabrik ein gemeinsames Fabrikfest gefeiert, an der sich auch die Herren Gebr. Hubbe beteiligten. 170 Kinder schlürften nach dem dortigen Wochenblatt Mokka, knapperten feingebakenen Kuchen, zum Dessert gab es sogar noch ein paar Würste. Herr Bredbin ließ die deutsche Arbeit, ebenso den Herrn Direktor und die Fabrikleitung hoch leben. Auch die deutschen Frauen wurden mit einem solchen bedacht. Das Fest wird jedenfalls manchen von denen, die längere Zeit nur halbe Tage gearbeitet haben, event. im Brennofen, reichlich entschädigt haben.

Von **Potschappel** wird der „Sächs. Arbeiterzeitung“ folgendes geschrieben:

„An Donnerstag wurde der in der Porzellanfabrik von Rungsch vorm. Thiene angestellt gewesene Buchhalter Pinkert verhaftet. Er soll seinen Chef um große Summen, zu La 70 000 Mk., geschädigt haben. Seit etwa sechs Jahren hat er fortlaufend die Lohnlisten gefälscht, indem er „falsch addierte“ und als Gesamtlohnsomme viele Mark mehr angab, als wir die Arbeiter erhielten. Diese fortgesetzten Schwindeleien kamen dadurch heraus, daß P. an einem Sonnabend etwas vor hatte und in olgedessen die Fabrik früher verließ. Das G. l. b. war aber nicht zu der gewöhnlichen Zeit vom Dresden gekommen und hatte P. deshalb noch nicht auszahlen können, weshalb der Chef die Auszahlung selber übernahm. Dabei blieben nun 175 Mk. übrig, und bei dem Nachforschen nach der Herkunft dieser großen Summe, um die sich P. doch nicht wirklich „verrechnet“ haben konnte, kamen die ganzen Schwindeleien heraus, die sich, wie schon gesagt, auf sechs Jahre erstrecken. Es war schon vielen Leuten aufgefallen, daß P. außerordentlich flott lebte. So kam er oft Sonntags in die Vergnügungslökalen der Umgegend und hielt viele Leute frei. Er wußte die Leute aber dadurch irrezuführen, daß er sagte, er hätte vor einigen Jahren das „große Loos“ mitgewonnen. — Wie diese fortgesetzten Unterschlagungen jahrelang unbemerkt betrieben werden konnten, ist uns unersindlich. Man scheint dem sauberen Herrn wohl ein unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht zu haben.“

In einer Zuschrift an den „Glückauf“ bestreitet Herr Rungsch, daß die unterschlagene Summe 70 000 Mk. betrage. Die „Sächs. Arb.-Zeitg.“ theilt noch mit, daß der Pinkert ein eifriges Mitglied der Schützengilde gewesen sei und erst kürzlich 100 Mk. zu einer neuen Fahne gestiftet habe. Jedenfalls war der Pinkert auch ein echter Patriot und ein eifriger Gegner von den Bestrebungen der modernen Arbeiterchaft; beim Streik 1898, den die Porzellanarbeiter Potschappels wegen minimaler Forderungen zu führen gezwungen waren, wird der Herr über etwa den „guten“ Rathgeber des Herrn Rungsch gewesen sein. Die Löhne waren jenesmal Herrn P. zu hoch, er mag jetzt vielleicht zu anderen Ansichten kommen. Mit Recht sagt die „Sächs. Arb.-Zeitg.“: „Man ersieht aus diesem Vorkommniß zweifellos, daß die Untertanen gut daran thun, sich dem Vornehmen zu brücken, auf ihre Vertrauenspersonen.“ In solches Maße ist das „nein“ das die Arbeiter an Meinungen abwachen, das Recht — wie im Fall Pinkert — ihre „reife“ Hand an Markt zu legen.“

Versammlungsberichte etc.

Blankenhain. Unsere am 1. September abgehaltene Jahrestellen-Versammlung war von 23 Mitgliedern besucht. Vor Eintritt in die Tages-Ordnung erwähnt der Vorsitzende das plötzliche Dahinscheiden unseres alten ergrauten Kämpfers Genossen Wilhelm Liebknecht und unseres langjährigen Kassiers J. Bey. Das Andenken der Verstorbenen wird durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nachdem die Punkte 1 und 2 erledigt sind, legt der Kassier Rechnung pro 2. Quartal, welche vom Revisor geprüft und für richtig befunden wurde. Beiden wurde Decharge erteilt. Punkt 4, Stiftungsfest betreffend, wurde beschlossen, unser diesjähriges Stiftungsfest am 30. September abzuhalten, alles Weitere wurde einer Kommission überwiesen, welche sämtliche diesbezügliche Geschäfte zu erledigen hat. Der Vorsitzende ermahnt die Mitglieder, sich recht zahlreich daran zu beteiligen und darauf hinzuwirken, daß immer mehr Indifferente unserer Organisation zugeführt werden. Nachdem Punkt 5 und 6 erledigt, wurde zu Punkt 7 „Bibliothek“ geschritten. Der Vorsitzende bittet die Mitglieder, die Bibliothek recht fleißig zu benutzen, da dieselbe verschiedene wissenschaftliche Werke enthält. Da weiter nichts vorliegt, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Dresden. Öffentliche Versammlung der Porzellanarbeiter vom 25. August. Vor Eintritt in die Tages-Ordnung gedenkt der Vorsitzende mit kurzen Worten des verstorbenen Genossen Liebknecht und unseres verstorbenen ehemaligen Kassiers Bey. Die Versammlung ehrt das Andenken Beider durch Erheben von den Plätzen. Genosse Seebald als Delegirter der General-Versammlung erstattet zu Punkt 1 Bericht über letztere, derselbe wird noch durch den Genossen John ergänzt. Betreffs der sog. „Wäschegehdfrage“ glaubt Genosse John als Vorsitzender der General-Versammlung es sich sowie sämtlichen Delegirten der letzteren schuldig zu sein, die Insinuation, als hätten sich dieselben aus Eigennutz auf Verbandskosten bereichern wollen, ganz entschieden zurückzuweisen. Hierzu gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute im „Trianon“ tagende öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung spricht ihren beiden Delegirten ihre vollste Anerkennung für ihre Thätigkeit auf der General-Versammlung aus und verurtheilt auf das Entschiedenste die Vorgeleiten derjenigen Jahrestellen, welche mit der Bewilligung des sog. „Wäschegeldes“ nicht einverstanden sind. Die Versammlung kann nicht begreifen, wie es möglich ist, daß man so kleinlich sein kann, die Interessen des Verbandes hintanzusetzen und die weniger wichtigen Sachen in den Vordergrund zu rücken. Die Versammlung erklärt diese kleinliche Handlungsweise als durchaus rückständig und vor allen Dingen den Verband schädigend. Ferner erklärt die Versammlung, daß auf Grund früherer Gesplogeneheiten bei General-Versammlungen die Gewährung von Diäten an die Bureaubeamten nicht mehr wie recht und billig ist, indem die Beamten durch die General-Versammlung vermehrte Arbeit und erhöhte Ausgaben haben. Zu Punkt II wird bekannt gegeben, daß sich in nächster Zeit eine Versammlung mit der Neutralitätsfrage der Gewerkschaften beschäftigen wird.“

Döbeln. Sonnabend, den 25. August, fand hier eine Jahrestellenversammlung statt, die von allen Mitgliedern, bis auf zwei, besucht war. Nach Erledigung diverser örtlicher Angelegenheiten und nach Wahl eines neuen Vertrauensmannes, kam die Versammlung auch auf die unglücklichen innern Verbandsverhältnisse zu sprechen, insbesondere auch auf die „10 Mk. Wäschegehdgeschichte“. Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntniß von den Jahrestellenberichten, in welchen auf die pöbelhafte Art und Weise an den Delegirten, an dem Redakteur und an dem Verbandsvorstand „Kritik“ geübt wird. Ausdrücke wie „Ausbeuter der Arbeiter“, „Ausnützung des Verbands“, „Gelegenheitsannahme“, „I. . . .“ und noch mehrere derartige Stylblößen, zeigen von einer solch niedrigen Gesinnung und von einer solch erbärmlichen Haltung Arbeitervertretern gegenüber, daß man schließlich bedauern muß, in solcher Gesellschaft sich — durch die Verhältnisse gezwungenen Weise — befinden zu müssen. Solche Ausdrücke waren wohl im „Reicono Rieker“ angebracht, in keinem andern Gewerkschaftsblatt Deutschlands dürfte aber ein ähnlicher Fall zu finden sein. Nicht in der notwendigen Bewilligung der 10 Mk. liegt eine Schädigung unserer Interessen, sondern in der ganz sinnlosen Herausforderung solch irrender Momente. Die Jahrestellenberichtsberichte in der „Einigkeit“, die sich mit dieser Sache befassen, kosten beim Drucker ganz gewiß jetzt schon mehr, als das ganze „Wäschegehd“ ausmacht, und daß man mit solchen Artikeln und Jahrestellenberichten nicht auf Agitation gehen kann, wird wohl auch der Döbelner — und diese Sorte scheint jetzt gewöhnlich zahlreich zu sein — einsehen. Welche Bürgerkassen und Vereine werden sich jetzt unter verächtlichen Augen die Willkür des Döbelner und in deren Gefolge die Streikbrecher & Inkonsequenzen und Ähnliches, wenn sie sehen, wie „einzig“ wir unsere Gewerkschaften verfolgen. Und wenn es wenigstens noch eine Mitgliedsfrage wäre, die da aufgemacht wird. Aber ein Beitrag von — wie schon an anderer Stelle hervorgehoben — 5 Pf. pro Mitglied ist es, was die Gemüther so sehr

erregt, daß selbst jenes Anstandsgefühl, das man gewöhnlich den verächtlichsten Gegner noch nicht vorenthält, mit Füßen tritt, und dabei einen Mutz entwickelt, der — so sehr an anderer Stelle ungemein nothwendig wäre, Dies waren so ungefähr die Anschauungen, die die Mitglieder am hiesigen Orte entwickelten. Hoffentlich stehen wir mit unseren Anschauungen nicht allein, es wäre dies für unsere Organisation tief traurig. Hoffentlich wird der abermalige Verteilungsversuch von der Mehrheit der Verbandsmitglieder zurückgewiesen und wieder klarer Verstand und Einigkeit in unsere Reihen einziehen. Und deshalb richten wir an die Verbandsmitglieder die Bitte, bei event. Mitgliederabstimmung gegen die betreffenden Anträge zu stimmen. Für viele Mitglieder ist es aber Zeit, daß sie sich zurufen: „Zurück zur Berrau!“

Düsseldorf. Die am 1. September tagende Versammlung der Jahrestellen Düsseldorf kann sich mit dem Zurückzahlen der 10 Mk. Extradiäten der Delegirten nicht einverstanden erklären, dagegen ist die Versammlung einstimmig dafür, daß der Hauptvorstand die 10 Mk. zurückzahlen hat. Bei dieser Debatte wurde betont, daß wohl weniger die 10 Mk. Wäschegehd es seien, welche die Gemüther der Mitglieder so aufregt, der Hauptgrund sei vielmehr darin zu suchen, daß die Mitglieder mit den Beschlüssen der letzten General-Versammlung überhaupt unzufrieden wären.

Mosander. In der am 25. August tagenden Jahrestellenversammlung wurde unter Punkt Verschiedenes Klage von den Mitgliedern darüber geführt, daß unser Delegirter Genosse Lang, Schwarzendach, bei seiner Berichterstattung den Diäten-Beschluß der Mitglieder nicht mittheilt. Die heutige Mitgliederversammlung schließt sich gegen einige Stimmen dem Entzage Langwiesens betreffs der Zurückstattung der 10 Mk. Extradiäten an, desgleichen der 6 Mark Tagegehd der Vorstandsmitglieder.

Münsterberg. In der am 25. August abgehaltenen Versammlung wurde vor Eintritt in die Tages-Ordnung der verstorbenen Genossen Bey und Liebknecht von dem Vorsitzenden durch einen warmen Nachruf gedacht. Die Versammlung ehrt das Andenken Beider durch Erheben von den Plätzen. Bei Punkt 3 verliest der Vorsitzende ein Schreiben aus Litschenreuth, in welchem die Rumpenburger Jahrestelle den Litschenreuthern gegenüber äußert, daß wir mit den Rumpenburgern seiner Zeit Wahlabmachung betrieben haben. Gegen verächtliche Angriffe erhebt die Versammlung ganz energisch Protest und will in nächster Versammlung auf die einzelnen Details eingehen. Ein Antrag auf eine Resolution gegen Antrag Langwiesens, sowie Erziehung, wird wegen zu schwachen Versammlungsbesuchs vertagt. Zuletzt wird von verschiedenen Seiten der plane Versammlungsbesuch kritisiert, die Mitglieder werden an ihre Pflicht, in den Versammlungen zu erscheinen, anstatt anderen Festlichkeiten beizuwohnen, erinnert.

Pforzheim. Die am 20. August tagende Jahrestellen-Versammlung wurde um 9 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet und vor Eintritt in die Tages-Ordnung des Dahinscheidens unseres langjährigen Verbandskassiers J. Bey sowie unseres eifrigen Mitgliedes J. Bayerleber gedacht und ihr Andenken von der Versammlung durch Erheben von den Plätzen geehrt. Sodann gelangte der Punkt „Extrabewilligung von Diäten zur General-Versammlung“ zur Sprache, wobei sich eine sehr lebhafteste Debatte entspann und folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte: „Die am 20. August tagende Jahrestellen-Versammlung spricht nach Durchsicht des Protokolls der letzten General-Versammlung ihr tiefstes Bedauern aus über das Zustandekommen einiger Beschlüsse derselben und zwar über den Beschluß der Gewährung von Tagegehd an die besoldeten Verbandsbeamten, die doch selbst hauptsächlich die Ursache des Streites waren; ferner über die Gewährung von 10 Mk. Extradiäten an die Delegirten und gibt dem Bestrebenden Ausdruck, daß die alten Verbandsbeamten fast ohne Widerspruch wiedergewählt wurden, obgleich die Delegirten ohne jede Garantie waren, daß die gleichen Verhältnisse über kurz oder lang in der Leitung des Verbandes wieder eintreten. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Bewilligung von Extradiäten für die jeweilige beschließende General-Versammlung statutenwidrig ist. Der Antrag für Rückzahlung der 10 Mk. wird von heutiger Versammlung verworfen. Ferner wird noch der Beschluß gefaßt, daß Beiträge nur noch in den Versammlungen entgegengenommen werden, um allezeit bezogen zu können, daß mittlere Mitglieder regelmäßig die Versammlungen besuchen, wenn nicht von einer Streikung Gebrauch gemacht werden soll. Hierauf schließt die Versammlung um 1/12 Uhr.“

Wiesbaden. In der am 20. August stattgefundenen Versammlung kam bei Punkt Verschiedenes der Versammlungsbericht der Jahrestellen Wiesbaden zur Diskussion, wobei so verschiedene Punkte, die sich hauptsächlich angeht, als Regel beschlossen wurden. Die Versammlung hat beschlossen, daß nicht für angesehnt, sondern selbst die Beamten darüber aus, auch will die Versammlung nicht noch mehr Schuld aufbürden, sondern sagt, daß ruhig dem Verbandsmitglied zuzugewandt in der 2. der „Einigkeit“, dem sich gemäß die Rückzahl der Jahrestellen zumutlich setzen wird. Selbst beim Streit in Wiesbaden haben

die betreffenden Zahlstellen nicht als Rörgler gezeigt, sondern stets gelien, was ihre Pflicht gewesen ist. Zum Schluss wurde das Dahinscheiden Liebknechts und Beys durch Erheben von den Plagen geehrt. Die Erde möge ihnen leicht sein.

Fergau. In der am 1. September abgehaltenen Monats-Versammlung waren 25 Mitglieder anwesend. Von den einzelnen Punkten der Tages-Ordnung ist besonders zu erwähnen, daß unter Geschäftlichem 4 neue Mitglieder und 4 als überstiebt anzumelden waren. Nachdem erfolgte Kassenbericht pro 2. Quartal und zwar: Bestand: Einnahme 320,77 Mk., Ausgabe 234,88 Mk. Beihilfeseind: Einnahme 135,52 Mk., Ausgabe 91 Mk. Im Laufe der Versammlung kam nun, nachdem die Mitglieder die Protokollbücher recht eingehend gelesen hatten, die Angelegenheit der Diäten zur Sprache, und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Durch die längere Dauer der General-Versammlung sind selbstverständlich den Delegierten unvorhergesehene Ausgaben erwachsen, welche von den 10 Mk. Tagesdiäten nicht bestritten werden konnten, und ist die Extrabewilligung von 10 Mk. nicht zurückzahlen. Dagegen sind die Tagesdiäten der besoldeten Vorstandsmitglieder an die Verbandskasse zurückzahlen. Begründung: Die besoldeten Vorstandsmitglieder erhalten ihren Gehalt, die Sitzungen waren ihre gewöhnlichen Leistungen und sind dieselben am Orte wohnhaft, also zu was noch 6 Mk. Diäten. Die General-Versammlung ist doch einzig und allein durch den Vorstand heraufbeschwohren worden und arbeitet sonach der Vorstand nur um unser Verbandsvermögen zu schmälern und um unsere Taschen zu leeren. Ferner ist den Vorstandsbeamten noch ein Urlaub von 14 Tagen bewilligt worden (durch Antrag unserer Delegierten Genossen Deffler, damit war derselbe von uns nicht beauftragt worden); welche Humanität. Arbeitet denn der Gesamt-Vorstand zu viel? oder sind die großen Reisen, welche auf Kosten des Verbandes geschehen, nicht Urlaubstreifen genug? Wie!*) Wir unterstützen den Antrag auf eine baldige Mitglieder-Abstimmung, damit der ewigen Rörgerei ein Halt geboten wird.

Selb. In der am Sonntag, den 2. September in Moschendorf stattgefundenen Vertrauensmänner-Sitzung waren die Zahlstellen Selb, Rehau, Oberhofen, Moschendorf, Schwarzenbach und Bayreuth vertreten. Entschuldigt fehlt Adorf, unentschuldig Schwab. Von der Zahlstelle Moschendorf hatte sich eine Anzahl Gäste eingefunden. Nachdem die Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, wurde zunächst empfohlen, die Zahlstelle Adorf zu besuchen, einen neuen Vertrauensmann zu wählen, da der bisherige schon längere Zeit seine Funktionen nicht mehr ausübt. Es wurden nun die Verhältnisse in Markteuth kritisiert, wo von 200 Beschäftigten nur 5 organisiert sind. Die Genossen von Selb erklären, daß sie sich schon bemüht hätten, etwas mehr Leben dort hinein zu bringen, aber eine Karte von dort, welche verlesen wird, zeigt, welcher Indifferentismus dort herrscht und vorläufig wenig Aussicht ist, etwas zu erzielen. Betreffs eines Agitationsredners wurde beschlossen, an die Landtagsabgeordneten Genossen Wächter und Horn das Ersuchen zu richten, eine Agitations-tour in unserem Bezirke zu unternehmen. Sollten selbige ablehnen, dann hat sich Gen. Lang bereit erklärt, auf Verlangen der Zahlstellen ein Referat zu übernehmen. Nur in Selb eine bessere Agitation betreiben zu können, resp. den dortigen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die Versammlungen besser zu besuchen, wurde angeregt, in Bahnhof Selb und Ebersreuth Zahlstellen zu gründen, die Vertrauensmänner von Selb wurden beauftragt, diesbezügliche Schritte zu thun. Die Anregung, eine Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb unseres Bezirkes auszuarbeiten, wurde gutgeheißen und betont, daß eine gründliche Statistik mehr wirkt wie die besten Reden. Eine Beschlußfassung hierüber wird der nächsten Versammlung überwiesen, da sich jetzt anscheinend eine Krise bemerkbar macht und noch nicht abzusehen ist, von welcher Dauer sie sein wird. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Schwarzenbach bestimmt. Zum Schluß kam die Streitfrage betreffs der Nachbewilligung der 10 Mk. Diäten zur Diskussion und beteiligten sich auch die erschienenen Gäste lebhaft daran. Wie weit der Streitfall in andere Kreise dringt, beweist ein fremder Genosse, welcher in Magdeburg gearbeitet hat aber unserem Verbands angehört. Sogar der Magdeburger Verband resp. dessen Vorstand freue sich ungeheuer über unseren Streitfall und sie leben im Geiste schon ihr Verhängnis zu einem großen Verbands heranwachsen, aber die Trauben hängen

*) So, der Urlaub! Wie konnte man auch den Porzellanarbeitern so etwas bieten! Zur Veruhigung, insbesondere zur Veruhigung der Sorauer möchte ich ausdrücklich bemerken, daß ich unter solchen Verhältnissen gerne auf diese „Humanität“, auf Urlaub, verzichten würde, wenn ich keine großen Reisen auf Kosten des Verbandes mache. Diese Bemerkung wolle man in Verbindung mit meinem Artikel „Zur Bewegung unter den Porzellanarbeitern“ gütigst ad notam nehmen.

bis jetzt noch zu hoch und die Magdeburger werden sie auch nicht zu Kosten bekommen. Es wurden nun die Vertrauensleute beauftragt, in ihren Zahlstellen dahin zu wirken, daß die Aufregung sich wieder legt und ein geduldsreiches Weiterarbeiten möglich wird. Es wurde eine Resolution verfaßt und stimmten die Anwesenden selbiger zu. Resolution: Die unterm heutigen Datum in Moschendorf tagende Vertrauensmänner-Konferenz beschließt, in ihren Zahlstellen dahin zu wirken, daß für die Zukunft die Rörgereien bezüglich der Diätenfrage von der letzten General-Versammlung unterbleiben. Sie betrachtet die zur Zeit in der „Anreise“ veranstaltete Deke gegen die Delegierten als schwer schädigend für die ganze Organisation. Das Unernstlichkeit beobachtet mit geheimem Vergnügen diese Reibereien und es steht zu befürchten, daß bei Lohnforderungen den Arbeitern ihr Verhalten als Spiegel vorgehalten wird. Es ist durchaus nötig, in betreffender Frage Ruhe eintreten zu lassen und an den ersten Aufgaben der Organisation zu arbeiten. (Siehe dazu Bericht von Moschendorf. Red.)

Schwarzenbach u. S. Die Versammlung vom 1. September beschloß einstimmig, daß, falls die in Aussicht stehende Mitglieder-Abstimmung das Resultat ergeben sollte, daß die Delegierten die 10 Mk. Extradiäten zurückzahlen haben, daß unsern Delegierten die zurück zu erstattenden 10 Mk. aus dem 15 pCt. Fond wieder vergütigt werden. Die Versammlung ist der Ansicht, daß es eine organisierter Arbeiter unwürdige Handlungsweise wäre, denjenigen, den man zur Vertretung seiner Interessen delegiert, auch noch finanzielle Opfer seiner Tasche tragen läßt. Nach dem Bericht des Delegierten sind fragliche 10 Mark nicht „Wäschegebe“ gemeint, sondern ein Zuschuß zu den erst zu gering veranschlagten Diäten.

Briefkasten.

R. A. Ihre Sache ist hoffnungslos, da Sie ausdrücklich ein Zeugnis auch über Führung verlangen. Rechtschutz daher zurückgezogen.

J. W. Wo Bier-eidel von Porzellan in Form eines Holzgefäßes mit einem Holzdeckel angefertigt werden, kann ich nicht mitteilen; vielleicht geben die Kollegen, die diese Notiz lesen, Auskunft.

Adressen-Nachtrag.

Döbeln. Vertrauensleute: Ernst Reil, Maler, Kleinfauchig 23b bei Döbeln; Anton Hahn, Maler, Keuern bei Döbeln.

Oberkötitz. Kass.: G. Franke, wohnt Alte Ringgasse 27. Reviz.: Gust. Köppling, Maler, Königsee, Brunnenstraße.

Stauff. Vorz.: Gust. Kloppe, Dreher. Kass.: Jakob Hoffmann, Dreher, Elz bei Limburg (Bahn).

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung. Dienstag, 11. September, Abends präcise 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Berlin I. Montag, den 10. September bei Blum, Schönhauser Allee 70.

Berlin-Moabit. Montag, 10. September, Abends 8 Uhr bei Boffw, Lübeckstr. 48.

Charlottenburg. Sonnabend, 8. September, Abends 8 Uhr bei Leder, Bismarck u. Alsterstr.-Ecke.

Eigersburg. Sonnabend, 8. d. Monats im „Fürstendof“.

Gräfenhain. Sonnabend, 8. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Kolmar. Sonnabend, 8. September, Abends 8 Uhr bei Berch.

Kronach. Sonnabend, 15. September im Vereinslokal.

Meißen. Freitag, 7. September, Abends 8 Uhr im Restaurant „Kronprinz“.

Die theoretischen und praktischen Aufgaben unserer Organisation. Ref.: Gen. Georg Wollmann. Berlin. Das Erscheinen Aller ist dringend notwendig.

München. Sonnabend, 15. September im Vereinslokal, Restaurant „zur neuen Harpelpost“, Ecke Neu- und Schwantalerstraße.

Oberkötitz. Dienstag, 11. September, Abends 8 Uhr im „Kaiser Günther“.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 8. Sept. Abends 8 Uhr bei Herzog. Wichtige Tages-Ordnung erscheint Alle.

Rathenow. Sonnabend, 15. September, Abends 8 Uhr bei Regel.

Rehau. Sonnabend, 8. September, Abends 8 Uhr in der Carlthe.

Roßa. Sonnabend, 8. September, Abends 1/2 9 Uhr im Vereinslokal.

Schaumburg. Montag, 10. September, Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Schwab. Sonnabend, 8. September, Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Sophienau. Sonnabend, den 8. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Herrn Barthel. Das Erscheinen Aller wird gewünscht.

Spanau. Sonnabend, 8. September im Vereinslokal von Wehe.

Städtlm. Sonnabend, den 8. September im Vereinslokal.

Tiefenfurt. Sonnabend, 8. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Tillow. Sonnabend, 8. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Weißwasser. Sonnabend, den 8. September, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Alle Bibliothekbücher mitbringen.

Wilsa. Sonnabend, 8. September, Abends 8 1/2 Uhr Kronprinzenstr. 52.

Anzeigen.

Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Städtlm. Thür.

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold
Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.
Reelle und pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte. Aeltest. Geschäft dieser Art.

Buckau. Sonntag, den 16. September

Fußparthie nach Burg.

Zurück per Bahn. Abmarsch von der langen Brücke — Friedrichstadt, Früh 7 Uhr. Treffpunkt in Burg bis 3 Uhr Nachmittags in Jesse's Lokal.

Die Zahlstelle Bayreuth giebt hiermit bekannt, daß es gut und zweckmäßig ist, daß jeder Kollege, der sich nach hier um Engagement wendet, vorerst (um Irrthümlichkeiten vorzubeugen) bei der Verwaltung der Zahlstelle Bayreuth Aufklärung über hiesige Verhältnisse nachsucht. Die Verwaltung.

Kronach. Sonntag, den 16. September

Fußparthie nach Breitenlohe

dieselbst Konzert und Gesang. Zusammenkunft Nachmittags 1 Uhr bei Fenzel, Brauerei „zum goldenen Hirsch“.

Neuhaldensleben. Meine Wohnung befindet sich vom 1. Oktober **Holzmarktstr. 34**, eine Treppe. **Herrn. Niese, Kassirer.**

Ohrdruf. Sonntag, den 16. September von Nachmittags 2 Uhr ab, findet eine

Bezirks-Versammlung

auf Alt's „Felsenkeller“ statt. Die Genossen des 8. Agitationsbezirks werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Vorläufige Tagesordnung: Bericht über die Momentstatistik im Monat Mai.

Alle Zuschriften sind an den Schriftführer Hugo Hildebrandt, Steyer, Reinhardtsbrunnerstraße 14, zu richten.

Pforzheim. Beiträge werden laut Beschluß der Versammlung vom 29. 8. nur noch in der Monats-versammlung entgegengenommen.

Joh. Janusch, Kassirer.

Zwei Maler

werden in Metall- und Lackwaarenfabrik event. sofort eingestellt. Offerten an **Carl Günther, Altona-Ottensen, Kl. Lagerstr. 11a.**

Maler,

welcher in Blumen und Dekor arbeitet, findet Stellung. **H. J. Maler, Nemscheid, Galdenwerth 24 B.**

Für ein süddeutsches Emaillewerk werden per sofort **zwei Porzellanmaler**

in bestimmtem Tagelohn gesucht; die Stellung ist dauernd und angenehm, flotte Colorierung und Schriftarbeit Bedingung. Gest. Offerten mit Angabe des Alters und jetziger Thätigkeit beifügen unter C. B. 100 die Redaktion.

Tüchtiger Porzellanmaler,

stern in Landshafen (Delft und Blumen). Vertraut mit allen Fächern der Malerei, selbstständiger Arbeiter, wünscht Stellung. Offerten unter 4888 an die Redakt.

Ein Kapeldreher

sucht Stellung. Kollegen, welche freien Platz wissen, werden gebeten, Offerten unter „Kapeldreher I. B. O. P.“ an die Redaktion zu richten.